



Newsletter SPD-Fraktion im Kreistag

Dezember 2012



Viel Buntes im Bunten Haus

„Der Motor der Integration in Dietzenbach sind die Frauen,“ das war das Fazit des Besuches der SPD-Kreistagsfraktion im Bildungshaus Dietzenbach, im Volksmund das Bunte Haus genannt.

Im Januar 2012 eröffnet als Stadtteilzentrum für die ganze Stadt, treffen sich schon heute regelmäßig 410 Personen pro Woche in dem Haus und nehmen eines der vielen Angebote wahr. Zwei Dutzend Kooperationspartner mit unterschiedlichsten kulturellen und sozialen Angeboten füllen das Haus rund um die Uhr: Schülerelbsthilfe, Berufsorientierung, Deutschkurse, Mutter-Kind-



Kurse, Proberäume für Bands und diverse weitere Projekte von Kinderschutzbund und AWO bis zur Polizei, Sport- und Musikvereinen und den

Moscheevereinen der Stadt. Noch sind nicht alle denkbaren Kooperationspartner mit an Bord, doch das Ziel, Räume für interkulturelle Begegnung und Austausch zu schaffen, ist voll erreicht worden. Es ist auch noch Luft nach oben.

Weitere Infos unter:

www.dietzenbach.de/index.phtml?NavID=1799.1541&La=1 oder Tel.: 06074 - 917107-0

Regionaltangente West: Erste Fahrt zum Fahrplanwechsel 2019

Das Ziel des Kreises und der Mitgesellschafter in der RTW-Planungsgesellschaft ist klar: Zum Fahrplanwechsel 2019 soll die erste Bahn fahren. Bis dahin werden (in Preisen von 2009) 376 Mio € verbaut sein müssen. Hinzu kämen noch ca. 100 Mio € für neue Fahrzeuge. Wird der Zeitplan eingehalten,



rechnen die Gesellschafter mit Zuschüssen von Bund und Land. Zusätzlich müssten dann 147 Millionen € kommunal aufgebracht werden, 13,5 % wäre der Anteil des Kreises Offenbach, insgesamt 19,8 Mio €.



Viel Geld in Zeiten knapper Kassen. Aber die Investition wird sich lohnen. Der neuberechnete volkswirtschaftliche Kosten-Nutzen-Indikator der RTW hat sich nochmals gegenüber 2003 verbessert und zwar von 1,14 auf 1,34. Der nächste Planungsschritt soll jetzt eingeleitet werden mit dem Ziel, das Planungsverfahren mit einem Planfeststellungsverfahren zu beenden. Dafür wird der Kreis, verteilt über drei Jahre, insgesamt 2,8 Mio € zuschießen müssen. Auf ca. 44 Kilometer Streckenlänge werden dann ab 2019 täglich 45.000 Personen befördert werden, davon sollen ca. 12.800 Umsteiger vom PKW sein. Die RTW erschließt in einem engen Korridor dann ca. 240.000 Arbeitsplätze. Auch die Umwelt freut sich: 12.000 t CO₂ werden ihr jährlich erspart.

Ohne Zeugnis bis zur Klasse vier - Inklusion verändert die Schule

Die Grundlage des Schulversuches an fünf Grundschulen in Mühlheim und Obertshausen sei die geänderte pädagogische Haltung: Alle Kinder mitnehmen. So beschrieben Birgit Scholl, die Schulleiterin der Brüder-Grimm-Schule in Mühlheim, und ihre Stellvertreterin Anja Waldschmidt den Ausgangspunkt des über mehrere Jahre konzipierten Schulversuches, über dessen Zwischenergebnisse sich der Arbeitskreis Schule der SPD-Kreistagsfraktion informierte.

Ein sogenannter Lernhilfebedarf, der regelmäßig dazu führte, dass Kinder in Förderschulen "abgeschoben" wurden, wird gar nicht erst ermittelt. Stattdessen unterrichten die Lehrkräfte differenziert und individualisiert je nach dem Leistungsstand des Kindes in den gebildeten Jahrgangsklassen. Die

Lernfortschritte werden zweimal im Jahr in Lernentwicklungsgesprächen mit den Eltern erörtert. Traditionelle Zeugnisse mit Noten gibt es nicht mehr. Die Fähigkeiten der Kinder werden in einem sechsseitigen Kompetenzraster dokumentiert, das von der Schule im Rahmen des Versuches erarbeitet wurde.



v.l.n.r.: Ingeborg Fischer, Heinz Eyßen, Ute Seib, Gisela Schmalenbach, Karl-Heinz Stier, Jürgen Kaiser, Stellv. Schulleiterin Anja Waldschmidt, Heide Wolf, Schulleiterin Birgit Simon, Rolf Wenzel, Serpil Sarikaya, AK-Vorsitzende Ulrike Alex

Ein Jahr wurde das pädagogische Team auf die Aufgabe vorbereitet. Neben der üblichen Anzahl an Lehrerinnen und Lehrern wurden der Schule zusätzlich zwei Lehrerinnen zugeordnet. Der Kreis unterstützt den Schulversuch mit einer halben Stelle Schulsozialarbeit.

Der Erfolg des Schulversuches stehe zwar heute schon fest, wie die Schulleiterin analysierte, er wird aber durch eine wissenschaftliche Begleitung der Unis aus Frankfurt und Heidelberg auch für Andere nutzbar gemacht. Auch an Schulen mit hohem Migrantanteil sei das Konzept des inklusiven Unterrichts zielführend, erläuterten die beiden Pädagoginnen auf Nachfrage.

Die Weiterführung des inklusiven Unterrichts wäre allerdings nur an einer



Integrierten Gesamtschule möglich, wie die Schulleiterin Birgit Scholl ausführte, eine Übertragung des Systems auf die bestehenden weiterführenden Schulen sei nicht möglich. Um den Übergang in die Klasse Fünf zu erleichtern, hospitieren aber zwei Fachkräfte einer bestehenden Haupt-und-Realschule in den vierten Klassen.

Weitere Infos unter : www.bgs-laemmerspiel.de

Die SPD-Kreistagsfraktion trifft sich regelmäßig mindestens einmal im Jahr mit den Vertretern der IHK zum Meinungsaustausch. Das sei deshalb so fruchtbar, sagte der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Werner Müller, „weil beide Seiten sehr sach- und faktenorientiert ihre Positionen erläutern. Dies gilt insbesondere auch für die Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt und für die Schulpolitik im Kreis.“

.... in der Schulpolitik nahe beieinander

Dass die Vertreter der Wirtschaft den Ausbau des Ganztagschulsystems fordern, um das Ausbildungs- und Arbeitspotential von Frauen besser ausschöpfen zu können, ist seit längerem bekannt. Dass aber nach Ansicht der IHK die Lehrerzuweisung an einzelne Schulen auf der Grundlage eines Sozialindex erfolgen sollte, war für die Kreispolitiker neu. „In der Sache ist das aber nachvollziehbar, weil sich die Schulen im Kreis aufgrund der sozialen Zusammensetzung ihrer Schülerinnen und Schüler mit ganz unterschiedlichen Anforderungen auseinandersetzen müssen,“ bestätigte Werner Müller.

Neu war nicht, dass die Einrichtung von Produktionsschulen der richtige Ansatz sei, um schulfernen Schülerinnen und Schülern eine Chance für einen Bildungsabschluss zu ermöglichen. Der erste Schritt, die Berufswahl der nachwachsenden Generationen zu erleichtern, sei aber, die Berufsorientierung an den Schulen wesentlich zu verbessern. Was dies für die Kreisschulpolitik bedeutet, wird in den nächsten Monaten in der Kreistagsfraktion diskutiert werden müssen.



Offenbach am Main
Stadt und Kreis

Die Unternehmen im Kreis warten auf Entscheidungen zur Energiewende

Die Unternehmen im Kreis „stehen Gewehr bei Fuß“, um ihren Beitrag zur Energiewende zu leisten. Leider gebe die Politik aber ein solch diffuses Bild ab, dass Investitionsentscheidungen auf diesem Segment nicht getroffen werden könnten. So eindeutig positionierten sich die Vertreter der IHK in einem Gespräch mit der SPD-Kreistagsfraktion im November. Sie kritisierten insbesondere auch die hessische Energiepolitik, bei der sie den Eindruck gewonnen hätten, dass bestimmte Formen der erneuerbaren Energien nicht gewünscht seien. So lege der Landesentwicklungsplan bei den Windenergieanlagen Kriterien fest, wie z.B. Windgeschwindigkeiten von 5,75 m/sec, die anderswo nicht gelten würden.



Daher, so der neue Geschäftsführer der IHK, Markus Weibrenner, herrsche große Verunsicherung über die Umsetzung der Energiewende in Hessen.

Markus Weibrenner



Kommt das Bildungs- und Teilhabepaket endlich in Schwung?

Von den 2,8 Millionen Euro, die der Kreis Offenbach 2011 für Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket vom Bund erhielt, wurden nur 641.000 € ausgegeben. Sozialdezernent Carsten Müller sagte dazu im Sozialausschuss des Kreises Offenbach im November: „Es wurden einfach nicht genug Anträge gestellt. Im Jahr 2012 sieht es aber schon viel besser aus, es wurden bisher 1,6 Millionen Euro beantragt und ausgezahlt.“ Das sei sicherlich auch auf die intensive Beratungstätigkeit der Fallmanager zurückzuführen, die Eltern gezielt beraten und bei der Beantragung der Mittel für ihre Kinder unterstützen. Zwischenzeitlich rechnet man sogar mit ca. 2,2 Millionen € für das Jahr 2012.

Von dem Angebot des Kreises an die Schulen, in einer Sitzung des Schulelternbeirates oder der Gesamtkonferenz das Bildungs- und Teilhabepaket nochmals detailliert zu erläutern, haben nur wenige Schulen Gebrauch gemacht. Offenbar sind die, wenn auch umständlichen Beantragungswege, inzwischen klarer und immer mehr Kinder im Kreis Offenbach können z.B. von den Zuschüssen für die Teilnahme an Musikschulunterricht oder den Angeboten der Sportvereine profitieren.

G-8 Gymnasien - Auslaufmodell im Kreis?

Von den sechs Gymnasien im Kreis Offenbach, die ihre Organisation auf G-8, also eine achtjährige gymnasiale Schule mit fünf Jahren in der Mittelstufe, umgestellt hatten, wollen vier wieder zu G-9 zurückkehren. Die Dreieichschule in

Langen und das Friedrich-Ebert-Gymnasium in Mühlheim werden auch weiterhin nach G-8 unterrichten.

Von den kooperativen Gesamtschulen, die auf G-8 umgestellt hatten, verbleibt nur die Heinrich-Mann-Schule in Dietzenbach bei dieser Organisationsform. Das Verhältnis von G-8 zu G-9 Schulen im Kreis ist dann 3:11.

Bei der Inklusion zahlt der Kreis mit

Die Integration von Behinderten in den Schulalltag erfordert auch mehr nicht-pädagogisches Personal. Die Finanzierung von Integrationshelfern bzw. Teilhabehelfern ist Sache des Kreises. Dafür stehen im Jahr 2013 im Kreishaushalt insgesamt 1,65 Millionen € zur Verfügung. Das ist eine Million mehr als noch 2011.

Die Förderung greift aber nur dann, wenn ein so genannter jugendhilferechtlicher bzw. sozialhilferechtlicher Bedarf festgestellt wurde.



**FROHE WEIHNACHT
UND
EIN GUTES
JAHR 2013
WÜNSCHT
DIE SPD-
KREISTAGSFRAKTION**

